

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

58 (9.3.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-85787](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-85787)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wöchentliche Zeitung, Dammer Nachrichten), Zentralorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3,00 Mark, durch die Post frei ins Haus 3,42 M.; zweimonatlich 2,00 M., durch die Post frei ins Haus 2,28 M.; einmonatlich 1,00 M., durch die Post frei ins Haus 1,14 M. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis u. franko.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig, für die Reklamazeile 75 Pf. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwoch), Heideblumen (Freitag).

(Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während der Feiertage nicht beigelegt.)

Nr. 58.

Verleger: Redaktion (5), Geschäftsst. Nr. 5, Postfachkonto: Hannover 7908.

Beste, Samstag, 9. März 1918.

Zweiggeschäftsstelle in Oldenburg i. G.: R. Varelmann, Wilmersstr. 51, Fernspr. 1032. 85. Jahrgang

Die Lage im Osten.

Der Friedensschluss vom Zentralkonferenz der Sowjets genehmigt!

TU. Amsterdam, 8. März. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Zentral-Vollkongress der Sowjets hat den Friedensschluss mit großer Stimmmehrheit genehmigt. Er trug den Mitgliedern, die sich zum Kongress in Moskau begeben, an, für die Ratifizierung des Vertrages zu stimmen. — Kropotkin ist wegen politischer Meinungsverschiedenheit mit den Volkshomikarissen zurückgetreten.

Beschleunigte Demobilisation.

WTB. Amsterdam, 9. März. (Drabtg.) Einem hiesigen Blatte zufolge erfährt die „Times“ aus Petersburg: Die russische Demobilisation wurde durch den Aufmarsch der Deutschen außerordentlich beschleunigt. Durch die Verhängung des Belagerungszustandes ist insofern eine Verübung eingetreten, als mit Strenge gegen die Plünderer, Einbrecher und Räuber vorgegangen wird.

Überfiedlung der Regierung nach Moskau.

WTB. Berlin, 9. März. (Drabtg.) Laut B. L. scheint es festzustehen, daß die russische Regierung nach Moskau überfiedelt.

Zum Frieden mit Rumänien.

Bevorstehender Kabinettswechsel.

WTB. Berlin, 9. März. (Drabtg.) Aus Rumänien wird gemeldet: Nach der Umwälzung der Frage der Grenzregulierung wird Verescu zurücktreten. Als Mann der Zukunft gilt laut „L. A.“ Marghiloman.

Eine Moldaurepublik.

TU. Bern, 8. März. Progreß de Lyon meldet aus Paris, zwischen Dniester und Pruth habe sich eine Moldaurepublik mit der Hauptstadt Rikimann gebildet.

Die Bildung dieser Republik ist vor einiger Zeit angekündigt worden. Das Gebiet zwischen den beiden Flüssen ist besterbaulich. Da Rumänien, wie man glaubt, sich für die im Frieden mit dem Verbündeten angestrebten Gebietsabtretungen an Bulgarien in Bessarabien nicht schuldig halten wollen, ist die Errichtung der neuen Republik auch eine Bedeutung, die über die Neuordnung in dem bisherigen russischen Reich hinausgeht.

Balkan vor Gericht?

TU. Budapest, 8. März. Nach einer Meldung des „Est“ aus Jassy werden Bratiano und seine Mitarbeiter vor Gericht gestellt werden.

Französische Muf.

WTB. Paris, 8. März. (Agence Havas.) Die Zeitungen besprechen den Vorfriedensvertrag, der von den Mittelmächten Rumänien aufgegeben worden sei, und erklären, Rumänien habe Energie und Treue gezeigt und erkläre, von den verfeindeten russischen Regierungen verraten und erschossen von den Nationalisten, die ein Genie und Trost gebildet seien. Eine neue Schuld werde den Alliierten auferlegt, die den Vertrag nicht anerkennen würden, der Rumänien erschöpfe und der von der Friedenskonferenz geprüft werden müsse.

Der „Westfrieden“.

TU. Kopenhagen, 8. März. „Politiken“ schreibt: Der ukrainische Frieden ist ein „Westfrieden“ genannt worden. Der Friede vom 5. März wird vielleicht ein „Westfrieden“ genannt werden. Nach diesen drei Friedensschlüssen werden die Mittelmächte die Rohstoffe und Ertragsleistungen zu regeln können, daß das Friedensschicksal nicht mehr viel Streit befehen wird. Sienreich und Frankreich ist erfüllt von der Osee bis zum Schwarzen Meer, neben die Mittelmächte aus dem Kriege im Osten hervor.

Zum Frieden mit der Ukraine.

Vorwürfen der Ukrainer gegen Charkow und Odessa.

WTB. Berlin, 9. März. (Drabtg.) Das ukrainische Korn unter Petkars wurde gegen Charkow und Odessa in Marsch gesetzt, um die Befreiung zu vollenden.

Die Lebensmittelvorräte der Ukrainer.

WTB. Berlin, 8. März. Zu einem vom WTB. veröffentlichten Bericht über die reichen Getreide- und

Lebensmittelschätze der Ukraine macht die Nordd. Allg. Ztg. den Wert, daß infolge der bekannten großen Transportschwierigkeiten eine wesentliche Hilfe für die deutsche Ernährungswirtschaft erst gegen Ende des laufenden Wirtschaftsjahres erwartet werden dürfte und daß wir bis dahin doch fast ausschließlich auf die heimische Landwirtschaft angewiesen sein würden.

Ukrainische Forderungen.

TU. Budapest, 8. März. Professor Opatenta von der ukrainischen Delegation äußerte, daß die Ukraine das Gebiet von Chotin und einen Teil Südbessarabiens von der Dniestermündung bis zur Donaumündung von den Rumänen fordern werde.

Die Lage im Westen.

Schneefürne im Westen.

Kopenhagen, 8. März. „Berlingske Tidende“ meldet aus Paris: An der Westfront herrscht seit einigen Tagen ein mächtiger Schneefall. Alle Operationen werden durch dieses schlechte Wetter behindert, jedoch wird auf beiden Seiten eine ungewöhnlich rege Artilleriekämpfe entfaltet.

Die Luftflotte.

Luftangriff auf London.

WTB. Berlin, 8. März. Abends. Am 8. März, Margarete und Sperlich wurden in der Nacht vom 7. zum 8. März von mehreren Flugzeugen mit Bomben angegriffen. Gute Wirkung war zu beobachten. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

WTB. London, 8. März. (Drabtg.) Reuter. Der Luftangriff von gestern Abend war der erste Flugzeugangriff, der bei mondloser Nacht ausgeführt wurde. Kurz, nachdem alarmiert worden war, hörte man heftiges Geschützfeuer über London, das ungefähr 1 Stunde dauerte.

WTB. Berlin, 9. März. (Drabtg.) Das Geschützfeuer, welches in London in der Nacht vom 7. zum 8. März nach der Alarmierung infolge des Angriffs einiger deutscher Flugzeuge vernommen wurde, dauerte laut B. L. etwa eine Stunde.

Frankreich.

Frankreichs marokkanische Wünsche.

TU. Genf, 8. März. „L'homme Libre“ verlangt in einem längeren Artikel die Abtretung des gesamten spanischen Besitzes in Marokko sowie Tangiers an Frankreich. England solle dafür Gibraltar an Spanien abtreten und Ceuta als Entgelt erhalten. Der Artikel läßt erkennen, daß diesbezügliche Verhandlungen im Gange sind und daß London mindestens offiziös seine Zustimmung hierzu gegeben habe.

England.

Eine Stufe auf dem Wege zum Frieden.

TU. Basel, 8. März. Der Manchester Guardian meint, der Brief Lord Lansdownes bilde eine Stufe auf dem Wege zum Frieden. Zunächst müsse Deutschland allerdings reiflos seine Absichten über den Westen Europas mitteilen. An der Gestaltung der Landkarte in Osturopa sei England zweifellos nicht mehr so interessiert wie im Jahre 1914.

Die drohende irische Revolution.

WTB. Berlin, 9. März. (Drabtg.) Ueber 10 000 Mann englischer Truppen wurden laut einer Meldung der Nordd. Allg. Ztg. in den letzten Tagen nach Irland entsandt.

Bonar Law über die Lage.

WTB. London, 7. März. Im Unterhause brachte Bonar Law einen Gesetzentwurf über einen Kredit von 600 Millionen Pfund Sterling ein. Er führte aus: Dies ist die größte Einzelkreditvorlage, die vor das Haus gebracht worden ist. Im Dezember hätte er eine solche von 550 Millionen Pfund eingebracht und dabei der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die letzte bis zum Ende des Finanzjahres sein möge, höchstens mit einem kleinen Ergänzungsentwurf. Er wäre froh, zu sagen, daß kein Ergänzungsentwurf nötig sei, und daß der Entwurf vom Dezember bis Ende des Finanzjahres ausreichen würde. Der Durchschluß der nächsten Kriegsanleihe seit Beginn des Finanzjahres vom 1. Februar ab betrage 657 000 Pfund. Mit Bezug auf die den Alliierten gegebenen Anleihen sagte er, er erkenne an,

daß das, was sich in Rußland ereignete, recht zweifelhaft mache, ob das ganze an Rußland vorgerichtete Geld zurückgeführt würde. Die gegenwärtige Ueberführung der Ausgaben über den Haushaltsantrag werde auf 154 250 000 Pfund geschätzt. Die Hauptleistung sei durch das Heer verursacht. Eine der Ursachen sei die Ausdehnung der Kriegsbündnisse in Mesopotamien und Palästina. Dazu komme die größere Stärke des Heeres und der Sold für die große Zahl der Soldaten außerhalb Englands. Auch die Ausdehnung des Inghienstes verlange einen Zufluß von mehreren Millionen.

Die Mehrausgabe für die Flotte von rund 13 Millionen sei verursacht worden durch das Anwachsen des Flottenbestandes, Löhnung und Unterhalt. Mehr als 17 Millionen seien nötig, den Preis nicht steigen zu lassen. Die Alliierten an die Alliierten erreichten 1204 Millionen, an die Dominions 103 Millionen. Dies stelle eine Zunahme von 457 Millionen an die Alliierten dar und von nur 33 Millionen an die Dominions. Die Gesamtliefer der Vorschläge an Rußland könne nicht mehr als 100 Millionen betragen. Den Schätzungen nach werde die Staatsverschuldung am Ende des laufenden Etatsjahres 5000 Millionen nicht übersteigen, einschließlich der 1600 Millionen Darlehen an die Verbündeten und Dominions.

Bonar Law sprach sodann über die militärische Lage. Das ganze deutsche Kolonialreich sei verschwunden. Der militärische Erfolg Rumaniens sei völlig von der Mitwirkung Rußlands abhängig gewesen. Für England wäre es den Umständen nach auch völlig unmöglich gewesen, Rumänien zu Hilfe zu kommen.

In Bezug auf Mesopotamien und Palästina bemerkte Bonar Law, daß er während des ganzen Krieges sehr für die Theorie eingenommen gewesen sei, daß die Zentralmächte gemeinsam kämpfen wie die Glieder einer Kette, man die Kette zerbrechen würde, wenn man ein Glied zerbräche. Aber es handle sich hier nicht um Theorien, sondern um militärische Möglichkeiten, und er zweifle, ob es jemals möglich gewesen sei, entscheidende Operationen durchzuführen. Auf See herannahende Truppen durchzuführen. Auf See es herannahende Truppen durchzuführen. Auf See es herannahende Truppen durchzuführen.

Gezögelt Palästina sagte Bonar Law: Die ganze Welt war tief bewegt, als die Palästina-Expedition ihren Höhepunkt in der Einnahme von Jerusalem erreichte. Aber der Höhepunkt ist nicht das Ende, und man darf den Erfolg nicht nur als einen politischen und moralischen ansehen. Vom Standpunkt unserer Stellung in Indien ist es nicht nur eine fremde moralische Vorteil, sondern auch unserer Stärke in Indien und der Mittelmeerregion, die sich daraus ergäben. In einer bestimmten Zeit Reihe der Pläne. Gute Kenner Indiens stellen der Regierung vor, daß auf die Millionen Indiens die Einnahme von Bombay anderen Operationen. Was wäre heute die englische Stellung im Osten, wenn nach der ermannenen Aufgabe der Gordonellen-Expedition die Expedition in Mesopotamien nach der Einnahme von Kuf oder die Expedition in Palästina nach den vereitelten Versuchen, Oza zu nehmen, aufbrechen hätte?

England kann offenbar Ägypten nicht aufgeben, außer wenn das britische Reich völlig besetzt wäre. Um Ägypten vor einer Annexion zu schützen, bedarf es nach Ritters Ansicht einer viel größeren Truppenmacht, als in Mesopotamien und Palästina operiert hat.

Die Operationen in Saloniki sind oft kritisiert worden, aber die Lage wird schwerlich ganz richtig verstanden werden. Wenn sich die Truppen in Saloniki in keiner befriedigenden Lage befinden, so sind die Ergebnisse in Rußland davon schuld. Wir haben niemals ermarktet, daß diese Truppen sich dort befinden werden würden. Aber die Ergebnisse in Saloniki sind nicht die Ursache für die Lage in Rußland. Die Ergebnisse in Saloniki sind nicht die Ursache für die Lage in Rußland. Die Ergebnisse in Saloniki sind nicht die Ursache für die Lage in Rußland.

tion zu beschleunigen. Ohne sie wäre König Konstantin noch auf dem griechischen Thron und ganz Griechenland wäre von den Deutschen über den Haufen gerannt. Die griechischen Häfen ständen den feindlichen U-Booten zur Verfügung und das U-Bootproblem wäre so schwierig geworden, daß wir unsere Verbindungen mit dem Osten kaum ausreicht erhalten könnten.

Was in Rußland geschehen sei, sei ein furchtbarer Schlag für den Verbündeten. Sollte Rußland nicht verlagert, so wäre der Krieg schon im vorigen Jahre mit einem Sieg des Verbündeten beendet gewesen. (So ein bischen Geschichtsforschung gehört bei englischen Ministern nun mal zum Handwerk.) Ueber die Lage im Westen sagte Bonar Law: Mehrer Ansicht nach würde der Krieg im vorigen Jahre zu Gunsten der Alliierten beendet worden, wenn nicht die Ereignisse in Rußland eingetreten wären. Diese Ereignisse sind ein furchtbarer Schlag für die Verbündeten, aber Deutschland ist dem Frieden, den es erwartete, nicht einen Schritt näher gekommen. Die Ereignisse in Rußland verbessern die Lage unserer Feinde erheblich, aber es ist lächerlich, anzunehmen, daß Deutschland ein Land wie Rußland ausbauen könnte. Die neue Lage in Rußland hat die Lage an der Westfront völlig verändert. In den letzten Monaten wurden nicht weniger als 30 Divisionen an die Westfront verlegt. Fast man aber die Gesamtfront vom Kanal bis zur Adria, die italienische Front einschließlich, ins Auge, so haben wir eine große Truppenzahl.

Asquith über Herlings Rede.

TU. Amsterdam, 8. März. Vor der Wählerchaft in Eupar (Schottland) hielt Asquith eine Rede, in der er nach Bezugnahme auf das russische Chaos Herlings grundsätzliche Annahme der vier Prinzipien Wilsons mit den Rußland auferlegten Bedingungen verglich. Diese seien nicht die Bedingungen eines Friedens, sondern die einer Kapitulation und ebenso hart wie demütigend, wie sie nur in der Geschichte gefunden werden könnten. Man wisse nicht, ob man über den Einismus überredet sein müßte, oder über die Belgischfrage, daß ähnliche Bedingungen die Basis für einen dauernden Frieden bilden könnten.

Unangenehme Debatten.

WTB. Rotterdam, 8. März. Nach dem N. A. C. zieht die Daily News aus der Debatte über die Entlassung Jellicoes den Schluß, daß das herrschende System überhaupt keine Regierung, sondern eine Preisbedürftigkeit sei. Die „Morningpost“ schreibt: Jellicoe ist sehr unglücklich behandelt worden; seine Entlassung und die Reaktionen seien beide die Folge von Johnsons Anträgen gewesen. „Manchester Guardian“ schreibt: Nach den Enthüllungen Carsons sei gestern in den Verhandlungen des Parlaments eine halbe Stunde lang von einer Ministerkrisis die Sprache gewesen, es sei aber wiederum niemand vorhanden gewesen, der bereit gewesen wäre, den Platz der Regierung einzunehmen. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Stellung der Regierung geschwächt sei. Es sei viel bemerkt worden, daß Carlon, der angeblich nur wegen der irischen Frage aus der Regierung ausgeschlossen sei, sie wegen ihrer allgemeinen Politik angegriffen habe.

Belgien.

Die Selbständigkeit Flanderns.

WTB. Brüssel, 7. März. Der Generalgouverneur Generaloberst Freiherr von Falkenhayn empfing heute nachmittag die Bevollmächtigten des Rates von Flandern zur Entgegennahme der Mitteilung von der Neubildung des Rates. Der Gouverneur erwiderte hierauf mit einer Ansprache, in der er sie zu dem Erbteil beglückwünschte. Der Reichsfürstler und ich stehen nach wie vor auf dem Boden der Erklärung des Reichsfürstlers von Beilmann-Hollweg vom 3. März 1917, der feierlich ihrer Abordnung versichert, daß das Deutsche Reich bei den Friedensverhandlungen und über den Frieden hinaus alles tun werde, um die freie Entwicklung des flämischen Stammes zu fördern und höher zu stellen. In Bezug auf die Erklärung des Reichsfürstlers vom 3. März 1917 ist die Herannahung der Trennung durchgeföhrt worden mit dem klaren politischen Ziele, dem flämischen Volke zu einer Selbständigkeit zu verhelfen, wie sie seiner Volkszahl, seiner besonderen Kultur und seiner rühmlichen Geschichte entspricht. Der warmen Sympathie des deutschen Volkes und der Unterstützung ihrer Regierung dürfen sie sich dabei versichert halten. Die Mittel, durch die Flanderns Selbständigkeit nach Friedensschluss geföhrt werden soll, zu bestimmen, bleibt den Friedensverhandlungen vorbehalten. Ihre Selbständigkeit grundlegend zu be-

einfließen, wird vor allen Dingen auch Sache des stämmigen Volkes selbst sein. Das stämmige Volk wird erkennen müssen, daß es jetzt oder nie die Grundlage für jene Selbständigkeit wird legen müssen, auf die es einen unüberjähren Anspruch hat.

Schweiz.

Die Versorgung der Schweiz mit ukrainischem Getreide.

TU. Bern, 8. März. Innerhalb des Bundesrats sind über die Versorgung der Schweiz mit ukrainischem Getreide Verhandlungen gepflogen worden. Indessen hat der Bundesrat noch keine offizielle Mitteilung über die Gründung eines ukrainischen Staates erhalten, so daß bis zur Stunde auch keine Beziehungen mit diesem Staate bestehen.

Italien.

Ein neuer Vermittlungsversuch des Vatikans?

TU. Basel, 8. März. Der Vatikan will sich nach einer Meldung des „Matin“ bei einem neuen Vermittlungsversuch auf die Erklärungen Herling's, die die von Wilson verkündeten Grundzüge anerkennen, setzen. Er verhandelt bereits mit gewissen Kreisführern, besonders mit den Vereinigten Staaten, Fühlung zu nehmen.

Erneute Räumung norditalienischer Städte.

TU. Von der Schweizer Grenze, 8. März. Von der italienischen Grenze wird gemeldet: Eine neue Evakuierung von Venedig, sowie von Padua, Verona und Treviso hat eingeleitet. Die seit Montag für den Personenverkehr gesperrten Eisenbahnen in Norditalien dienen der Fortschaffung der bürgerlichen Bevölkerung aus den unmittelbar hinter der Front gelegenen Städten.

Vom Balkan.

Das serbische Demenkl in den Augen der Entente.

TU. Lugano, 7. März. Aus Rom wird berichtet, daß die Ententepresse dem serbischen und montenegrinischen Demenkl bezüglich der von diesen Regierungen beabsichtigten Friedensbestrebungen eine merkwürdig große Bedeutung beilegt.

Spanien.

Kabinettskrise.

TU. Madrid, 8. März. Nach einer Havasmeldung aus Madrid ist der Marineminister Simena wegen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der vom Ministerrat gebilligten Militärreform zurückgetreten.

TU. Bern, 8. März. Nach Madrider Meldungen wird die Umbildung des Kabinetts Carlos Priore nur als eine vorläufige Lösung betrachtet, bis die Einberufung der Cortes ergeben wird, eine auf eine feste Mehrheit in beiden Kammern gegründete Regierung zu bilden.

TU. Madrid, 8. März. (Reuters). Das Kabinet hat demissioniert.

Japan und Sibirien.

Unstimmigkeiten unter den Alliierten.

W.B. Berlin, 9. März. (Draht). Zwischen den alliierten Kabinetten soll es spannungsvolle Verhandlungen zufolge wegen der japanischen Aktion in Sibirien zu Unstimmigkeiten gekommen sein.

Hopenhagen, 8. März. „Berlingske Tidende“ enthält durch eine Washingtoner Botschaft die Mitteilung der japanischen Regierung, daß die japanische Aktion in Sibirien eine unumkehrbare ist. Danach hat Amerika es nunmehr gilt abgelehnt, seine Zustimmung zu der von Japan vorgeschlagenen Besetzung Sibiriens zu geben. Eine vorläufige Zustimmung, russisches Gebiet zu besetzen, stünde im Widerspruch zu Amerikas Kriegszielen, wie diese in Wilsons Januar-Botschaft als demokratisches Selbstbestimmungsrecht der Völker, namentlich auch mit Rücksicht auf Rußland, der Welt verkündet wurden. Amerika wünscht außerdem auf die Empfindlichkeit des russischen Volkes Rücksicht zu nehmen. Es könne daher nicht erwartet werden, daß Amerika weiter gehen werde, als festzustellen, daß es seine Zustimmung nicht geben wird. Diesen seinen Standpunkt werde es der japanischen Regierung mitteilen.

Die Frage der chinesischen Hilfe.

W.B. London, 8. März. Daily Mail erfährt aus Peking vom 5. März, daß Japan die Mitwirkung Chinas gerne sehen würde, falls ähnliche Maßregeln sich als notwendig erweisen würden. China hoffe auf finanzielle Unterstützung von Japan und Amerika bei den Ausgaben für die Expedition im Norden. Am 5. März haben die Volksgewalt 20 Weissen weißlich von Mandchurien der Nordwestgrenze der Mandchurien die Eisenbahnbrücke der sibirischen Eisenbahn in die Luft gesprungen.

Amsterdam, 7. März. Central News' erfährt aus Tokio vom 6. März, daß bei den Unterhandlungen in Peking die Errichtung einer unabhängigen Regierung in Sibirien unter Fjodor Gromow als Erstes Minister beschloffen wurde; Garbin wird die Hauptstadt. An wohnunterschiedenen Londoner Kreisen zweifelt man aber an der Richtigkeit der Meldung, hält jedoch immerhin eine Entwidlung der Verhältnisse in dieser Richtung für möglich.

Amsterdam, 7. März. Allgemeinen Handelsblad schreibt zu den Meldungen über das Vorgehen Japans in Sibirien: Alles Hin- und Hergerede dient nur dazu, um so langsam wie möglich auszu-

sprechen, daß man in den Vereinigten Staaten die Weiterausbreitung der Macht Japans in Ost-Asien sehr ungern sieht. Das sieht jedermann deutlich. Das neue Japan, so sagt der Remport American kürzlich, erhob sich unbehindert und drohend im Rücken der Vereinigten Staaten.

Amerika.

Eine neue Botschaft Wilsons.

W.B. Berlin, 9. März. (Draht). Nach einer Washingtoner Timesmeldung hat Präsident Wilson die Redaktion seiner neuen Botschaft an den Kongreß beendet. Er hatte eine längere Besprechung mit Lansing und Oberst House.

Verchiedene Nachrichten.

Der letzte Zweck des Weltkrieges.

Budapest, 8. März. Um dem Titel „Der letzte Zweck des Weltkrieges“ wird dem Westler Lloyd von besonderer Seite mitgeteilt:

Der Friede im Nordosten bedeutet einen Wendepunkt unserer Weltbildung. Seit Kriegsbeginn stehen nun die Mächte zum ersten Male vor einer neuen Lage: dem Einseitigen. Ein bedeutender Nachfaktor in der Rechnung unserer Feinde ist angeschaltet und die bisher stets schwandende Verteilung der Kraft in Mitteleuropa ist endgültig zu unseren Gunsten verfallen. Wir können mit Sicherheit auf neue Erfolge hoffen. Das einzige Ziel des bevorstehenden neuen Kampfes ist aber der Friede. Es muß als eine bewiesene Tatsache angenommen werden, daß dieser Endzweck durch militärische Erfolge herbeigeführt werden kann. Als Beispiel hierfür mag Rußland dienen. Der heutige Krieg wird erst dann zu Ende gehen, wenn bei unseren Gegnern das Bewußtsein der eigenen politischen und militärischen Unterlegenheit sowie der Gebanke an die Hoffnungslosigkeit der eigenen Sache sich überlegenden Bahn gebrochen haben wird. Das letzte Ziel, die Niederlage des Gegners, ist in greifbarer Nähe gerückt als äußerstes Mittel der Politik, dem Friedenswillen Geltung zu verschaffen. Mit dem Erreichen dieses Zieles ist dann der letzte Zweck des Weltkrieges erfüllt und einer friedlichen Verständigung wird wohl nichts mehr im Wege stehen.

Deutsches Reich.

Ueber 10 000 Reiseprüfungen an der Front.

Im Unterrichtsausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte ein Regierungsvertreter zu einer Resolution im gleichartigen Behandlung der Kriegsprüfungen in wohlwollender Weise vorgemommen würden auch für diejenigen, die vor ihrem Eintritt in das Heer die Reise für Unterprima nicht erreicht hätten. Auch können die Reiseprüfungen noch vor der ersten Berufsprüfung abgelegt werden; in diesem Falle werden die vorher zurückgelegten Semester angerechnet. Es sind schon über 10 000 Reiseprüfungen an der Front abgelegt worden.

Volksbund für Freiheit und Vaterland.

Die Reden, die in der Mitgliederversammlung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland von dem Herrn Prof. Dr. Brauns, Legation und Steiermark gehalten und als programmatische Aeußerung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland aufzufassen sind, sind jetzt in einem besonderen Heft als Flugdruck des Volksbundes im Verlag von Friedr. Andr. Perthes, Gotha, herausgegeben worden.

Zur Thronfolge in Mecklenburg-Strelitz

schreibt die Mecklenb. Zig.: Es veriautet, daß Herzog Karl Michael nicht allein der deutschen Staatsangehörigkeit entgeht, sondern auch schriftlich auf seine Thronanspruch verzichtet hat.

Die Arbeitgeberverbände und die sozialpolitischen Vorlagen.

Die am 7. März unter Vorsitz des Mitgliedes des Direktoriums der Friedr. Krupp A.-G., Dr. Sorge, abgehaltene Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände nahm Stellung zu den gegenwärtigen sozialpolitischen Vorlagen der Regierung. Wenngleich die Vertretung schwere Bedenken hat, ob auf dem geplanten Wege der Errichtung von Arbeitsämtern dem allseitig erstrebten Ziel des wirtschaftlichen Friedens gebiet wird, erklärt sie sich doch bereit, bei der Beratung des Gesetzentwurfes mitzuarbeiten. Mit aller Entschiedenheit erklärte sich die Vereinigung gegen die in Aussicht gestellte Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, weil diese Aufhebung eine weitere Verwilderung der Wirtschaftskämpfe zur Folge haben müßte.

Das höhere Schulwesen im Haushaltsauschuß des preussischen Abgeordnetenhauses.

epc. Am Montag, dem 4. März 1918, wurde am Schluß der Sitzung des verstärkten Haushaltsauschusses, nachdem die Gegenstände Kunst und Wissenschaft und Provinzialschulkollegien erledigt waren, noch mit der Beratung des höheren Schulwesens begonnen. Der Berichtserklärer erklärte, daß er sich zunächst auf das höhere Schulwesen für die männliche Jugend beschränken wolle. Nach dem Berichtserklärer kam dann ein Vertreter des Zentrums zu Wort. Er stimmte in seinem und seiner Parteifreunde Namen der in einer früheren Ausschußsitzung vom Kultusminister abgegebenen Erklärung zu, daß die

Abhaltung einer Schulkonferenz möglichst nach dem Kriege nicht angebracht scheint. Es müßte zuerst einige Jahre des Friedens der Schule die Möglichkeit bieten, zur Ruhe zu kommen. Etwas mehr Ruhe sei auch den Städten zu wünschen, die sich jetzt in der Abhaltung der Schulkonferenz überfordert fühlen. Diese Pläne hätten zum großen Teil den schweren Fehler, daß sie einseitig darauf abgingen, höhere Schulen zu bringen. Das diene nicht dem Wohle des Vaterlandes und entspreche nicht den Wünschen der Arbeiter und Handwerker. Diese haben den berechtigten Wunsch, daß gut verdienende Knaben und Mädchen eine erweiternde und vertiefte Volks- und Fachschulausbildung erhalten. Redner sprach dann über die neue Prüfungsordnung für Oberlehrer, die Anerkennung verdiente, nach vielen Änderungen hin einen Fortschritt bedeutende und durch die Teilung zwischen wissenschaftlicher und pädagogischer Prüfung die erzieherische Ausbildung besonders fördern werde.

Der Sach des bishöflichen Arienförderens, daß grundsätzlich auch die höheren Schulen konfessionell sein sollten, sei für die Anhänger der Konfessionsschule doch selbstverständlich. Der der Ueberzeugung sei, daß die Religion als Konfession ein Erziehungsmittel von unerschöpflichem Reichtum sei und daß die höheren Schulen auch Erziehungsmittel seien, müsse folgerichtig auch konfessionelle höhere Schulen verlangen. Das sei auch der Standpunkt vieler evangelischer Christen. Dabei wolle er ausdrücklich zugeben, daß die konfessionelle Einrichtung bei höheren Schulen viel schwerer durchzuführen sei als bei Volksschulen. Darum verlange ja auch das bishöfliche Hirten-schreiben nicht allgemein konfessionelle höhere Schulen, sondern nur, daß der freien Errichtung solcher Schulen, wenn im übrigen alle Rechte des Standes gewahrt seien, kein Hindernis entgegen-gestellt werden dürfe. Das Zentrum habe stets den Grundlag der Regierung bekämpft, daß konfessionelle öffentliche höhere Schulen nicht genehmigt werden. Wenn höhere Schulen, z. B. Schwesternschulen, alle Bedingungen erfüllen, die an öffentliche höhere Schulen gestellt würden, müßten sie auch die Rechte dieser Schulen haben. Gleiche Pflichten - gleiche Rechte. Nichts würden diese Schulen auch Kinder anderer Konfessionen aufnehmen müssen. Aber die Katholiken müßten es als Kränkung und Zurücksetzung empfinden, wenn den katholischen Ordensschulen erlassen werden, andere als katholische Schüler einzunehmen, und ihnen nachher Zulassung verweigert werden, weil sie nicht Kinder aller Konfessionen aufnehmen. Mehr Gleichberechtigung, mehr Freiheit für die Katholiken!

Eine Thronerbegabe evangelischer Pfarrer zur Wiederherstellung der christlichen Volksschule.

Die Herabwürdigung evangelischer Pfarrer zur Thronerbegabe eingeleitet, in der sie zum Ausdruck bringen, daß sie durch die Einführung des gleichen Wahlrechts eine so starke Verarmung der der christlichen Religion gleichgültig oder gar feindselig gegenüberstehenden Elementen in der preussischen Volkserziehung befürchten, daß die Erhaltung der konfessionellen, d. h. der christlichen Volksschule aufs äußerste gefährdet werde. Die Pfarrer sprechen die Bitte aus, daß alles getan werde, um die konfessionelle Volksschule zu erhalten. Darauf ist ihnen wie folgt geantwortet:

Großes Hauptquartier, den 28. Februar 1918.

Carer Hochwohlgeboren teile ich ergeben mit, daß Seine Majestät der Kaiser und König von der eingereichten Thronerbegabe der 434 evangelischen Geistlichen der Provinz Westfalen vom 19. Februar d. Js. in Sachen der Wahlrechtsvorlage Kenntnis zu nehmen gerührt haben. Seine Majestät liegt die Erhaltung der christlichen Volksschule warm am Herzen.

Der Geheimliche Kabinettsrat v. Berg
Wirklicher Geheimrat Rat.

Die preussische Wahlreform im Ausblick.

Angekommen wurde ein konservativer Antrag auf Einführung der Wahlpflicht. Der ohne Grund kein Wahlrecht nicht ausbleibt, wird in Gestalt angenommen. Das Zentrum hat nur vorläufig dem Antrag zugestimmt. Seine praktische Durchführung bietet erste Schwierigkeiten. Bekanntlich wurde auch bei Einführung der direkten Wahl in Oldenburg die Einführung der Wahlpflicht erwirkt, auch ein diesbezüglicher Antrag im Plenum angenommen. Der Antrag ist jedoch nicht Gesetz geworden. D. Schriftl.)

Zur Sicherung der kirchlichen Rechte, sowie des Rechtes auf die konfessionelle Volksschule brachte das Zentrum folgenden Antrag ein:

1. In Artikel 14 der Verfassungsurkunde folgenden Absatz 2 beizufügen: Die der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche betr. ihre Verhältnisse zum Staat gewährten, in den bestehenden Gesetzen zuerkannten Rechte werden gewährleistet.
 2. In Artikel 26 der Verfassungsurkunde folgenden Absatz 2 beizufügen: Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschule wird entsprechend den Bestimmungen der §§ 33 bis 42 des Gesetzes betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschule vom 28. Juli 1906 gewährleistet.
- Feiner wird beantragt, daß die Verfassung nur mit zwei Drittel Mehrheit abgeändert werden kann.
- Dieser Zentrumsantrag kommt heute zur Beratung. Die R. V. bemerkt dazu: Bei der kurzen Begründung des Antrages durch zwei Zentrumsabgeordnete war aus dem Verhalten der Konfessionen und deren Zwischenrufen zu entnehmen, daß sie für Kirche und Schule keine Sicherungen wollen und ihre Politik darauf einstellen, mit Hilfe eines Teiles der Zentrums-wähler das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen.

Diese Spekulation ist für die konservativen gefährlich. Das Zentrum wird seinen Weg selbst bewußt weitergehen.

Das Duell in der Armee.

Auf eine Anfrage der Abg. Erbberge und Trimbom hat der Reichstagsler geantwortet: Durch die Allerhöchste Order vom 1. Jan. 1897 sind allgemeine Bestimmungen getroffen, um Zweikämpfe von Offizieren vorzubeugen. Sie haben sehr geringe Wirkung. Am Neujahrstage 1913 hat Seine Majestät der Kaiser und König das Offizierskorps erneut zu freierer Selbsttätigkeit in dieser Beziehung ermahnt. Dadurch ist ein weiterer Fortschritt in der Bekämpfung des Zweikampfes in der Armee erzielt. In der Folge sind im Verhältnis zu der Zahl der Offiziere sehr wenig Zweikämpfe vorgekommen. Ein Aneinanderstoß, der den Offizieren den Zweikampf unterlag, würde den gewünschten Erfolg nicht haben, solange nicht anderweitige ausreichende Garantien für den Schutz der Ehre geschaffen sind.

Ueberrmäßige Kriegsgewinne der Daimler-Werke.

X. Berlin, 8. März. Der Hauptauschuß des Reichstages beriet, wie mit dem Bericht der „B. Nachr.“ entnehmen, den Ertrag einer Bundesratsverordnung auf Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe. Im Untersuchungsausschuß hatte man sich mit der Preisgestaltung, insbesondere mit den Preisen für Automobile beschäftigt. Der Antrag des Untersuchungsausschusses geht dahin, daß der Anker um den Ertrag einer Bundesratsverordnung erfragt wird, die eine Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe herbeiführen soll. Insbesondere soll eine Auskunftspflicht vorgeschrieben werden. Der Berichterstatter (L. F. H. G. W. P.) betonte, daß besonders bei Automobilen große Gewinne erzielt worden seien, hauptsächlich wegen der Herstellung eines Einheitsstyps. Namentlich habe Daimler ungeheuer große Gewinne gemacht. Gleichwohl verlange jetzt die Fabrik höhere Preise, und ein früherer Angehöriger der Daimler-Werke habe von einer Ueberwachung bei der Ueberwachung der Produktion Mitteilung gemacht. Diese Ueberwachung soll vom Direktor der Daimler-Werke verantwortet werden sein, um den Reichstagsausschuß für Preisfeststellungen bei einer etwaigen Prüfung zu unterstützen. Daraufhin hat gegen die Daimler-Werke das Erhebungsrecht veranlaßt worden. Der Untersuchungsausschuß hat sich mit dem Heeresverwaltungsausschuß in Kommission nach Stuttgart geschickt, welche die Sachlage prüfen soll.

In der Debatte gab der sozialdemokratische Abg. A. S. K. seinem lebhaften Unwillen über die Vorgänge bei Daimler Ausdruck und sagte u. a.: Wie konnten die Dinge bei Daimler so weit kommen? Wie konnte die Heeresverwaltung dieser Profitmacherei so untätig zusehen? Trotz der Massenaufräge wurden teilweise noch höhere Preise bewilligt. Die Heeresverwaltung hat zwar Kontrolle verlangt, aber nichts getan um die Weigerung des Werkes zu überwinden. Auch neuerdings sind von der Werksleitung Drohungen, den Betrieb einzustellen, zu hören. Diese Streikdrohung, um mehrere 50 Prozent Preisserhöhung durchzuführen, ist gemeingefährlich. Schließlich haben sich die Daimler-Werke bereit erklärt, ihre Kalkulation der Kontrolle zu unterwerfen. Aber die Kalkulationen waren systematisch jährelang gefälscht. Es war nicht nur verfälscht, sondern vollkommener Betrug. Sind nun endlich Maßnahmen getroffen, um Ueberwachung zu schaffen?

Nachdem General Couperie zu der Preisgestaltung gesprochen hatte, wobei er darauf hinwies, daß man große Mengen Kriegsmaterial habe geschaffen und daß die Industrie sich erst darauf hätte vorbereiten müssen, sprach Oberst D. J. M. an der Chef des Flugwesens, zu den Vorkommnissen: Daimler habe nicht nur Maschinenfabrik geleistet, die Motoren seien auch mit großen Kosten weiter entwickelt worden. Die großen Gewinne hätten ausreichend Aufklärung gefunden. Erst 1916 habe Daimler eine genaue Kalkulation vorgelegt. Die Nachprüfungen hätten ergeben, daß Daimler bei den ausgezeichneten Fabrikaten von allen der billigste wäre. Von seiten der Heeresverwaltung sei alles gegeben, um das tatsächliche Interesse zu wahren. Die Drohung mit einer Einschränkung habe den Gedanken einer Militarisierung nahegelegt, Daimler habe aber nachgegeben. Nach dem wir das neue Belohnungsmaterial hatten, haben wir die erforderlichen Schritte getan.

Der nationalliberale Abg. Dr. F. S. E. meinte, ein Teil des Beweismaterials werde wohl schon beiseite geschafft worden sein. Der Beamte, der die Anzeige erstattet habe, sei bereits entlassen, und dies lasse darauf schließen, wie mit dem Beweismaterial verfahren werde. Lediglich die Anzeige habe den Fall zutage gebracht, wie überhaupt die Tatsache, daß der Untersuchungsausschuß eingeleitet worden sei. Daß zur verschiedenen Anzeigen gegeben habe. Der Vorsitzende des Ausschusses habe sich den Aktionären gegenüber protokolliert verpflichtet, nicht nur die eroberten Informationen zu erhalten, sondern sie noch zu freigeben. Außerdem habe er den kritischen Vorbehalten geschrieben. Die bisherigen Kontrollmaßnahmen hätten sich als ungenügend erwiesen. Aus den vorhandenen Unterlagen geht hervor, daß ein Gewinn von 173 Prozent der Selbstkosten bei den Motoren vor dem Kriege erzielt wurde, nicht 11 Prozent, wie man uns fälschlich gesagt habe. Nachdem der

Ladung Porzellan, Steingut und Glas

Eintochgläser mit guten Gummi-Ringen. Braune Steintöpfe, 5-80 Liter Inhalt.
C. B. Mähler, Damme.

Handelsschule „Merkur“

Oldenburg, Langestr. 27.
Beginn des Sommersemesters
Mittwoch, den 3. April 1918
Anfragen und Anmeldungen erbeten an die Schulleitung.

Obstbäume,

beste Qualität und gute Sorten, empfiehlt

Gärtnerei Knagge.

Prima Zuder-Häckselmelasse
empfehle ab Lager Damme und Ostersee.

Bestellungen auf Saathafer, Saatweizen, Saatgerste, Sommererbsen, Leinsamen gegen Verpflanzungsfähigkeit, Felderbsen, Pferdebohnen, Terradella nehme noch entgegen.
Damme. J. J. Veiber.

Betr. Blikableiter-Abnahme.

Unterzeichnete sind auch berechtigt, Blikableiter-Anlagen abzunehmen oder auszuwechseln. Eine Witterung per Postkarte, betreffend Abnahme des Blikableiters, genügt. Die weitere Verantwortung betreffend rechtzeitig Abnahme tragen wir. Eine nachträgliche Mitteilung an das Großherzogliche Amt bezugs ist nicht erforderlich.
Behta, den 8. März 1918.

Aug. Schumacher,
Kupfer- und Schmiedemeister.

Ferd. Schmalstieg,
Nachschmiedemeister.

Der Kriegsausschuss für Oel und Fette, Berlin

Anbauverträge für Sommerfrüchte.

Für Sommererbsen, Leinbotten, Mohren und Senf werden außer den lobenden Abnahmepreisen Flächenzulagen, für Senf außerdem eine Düngprämie gewährt. Der Bezug von Ammoniak für die Anbauer wird vermittelt.
Für die hiesige Gegend kann besonders der Anbau von Sommererbsen, Senf sowie Mohren empfohlen werden.
Näheres durch die unterzeichneten Kommissionäre des Kriegsausschusses.
Oldenburg i. Gr.

Kabeling & Kröger.

Alte Dampfkessel

und Maschinen, Flüssigkeits- und Gasmotoren aller Art, Feldbohmmaterialien, Anschlagseisen, alle Abbruch, ganze Fabrikrichtungen gesucht. Angeb. sof. erw.
Schröder, Bremen, Geeren 68.

Zur Frühjahrsbestellung

empfehlen wir:

Sämaschinen, Düngertreuer, Kultivatoren, Ringelwalzen, Pflüge, Eggen sowie Zauchgefäße, Zauchpumpen, Zauchweiser in anerkannt bester Ausführung.

Großes Lager in Ersatzteilen aller Art. Sachkundige Ausführung sämtlicher Reparaturen an Maschinen jeden Fabrikats.

J. E. Hedemann, Alt.-Gef., Badbergen.

Großer Pferde-Verkauf.

Am Dienstag, dem 12. März 1918, vormittags 11 Uhr anfangend,

werde ich auf dem Hofe des Hofbesitzers Alwin Brörmeyer in Bohne nachfolgende vorzügl. von frommen eingetragenen Eltern abstammende und besonders zur Zucht geeignete Tiere öffentlich meistbietend zum Verkauf aussetzen:

1 3jährigen eleganten, stark-knochigen, vorzügl. schwarzen Hengst, B. Ehrenstein Nr. 192, M. Babeltshen Nr. 2576,



1 2jähr. starkknochige, elegante, braune Stute, vorzüglich zur Zucht geeignet, B. Präm.-H. Efred Nr. 176, M. Lieblich I Nr. 3292,

1 1jährige schöne, vorzüglich zur Zucht geeignete Fuchsstute, B. Präm.-H. Eugen Nr. 162, M. Badesfrau III Nr. 1869,

1 1jährigen schweren, knochigen, vorzüglich gebauten, braunen Hengst, B. Präm.-H. Einem Nr. 183, M. Prämienstute Bavia IV, St.-B.-Nr. 3624,

1 2jährig. schönen, schweren, knochigen, braunen Wallach, B. Pr.-H. Eremit Nr. 171, M. Benedikte Nr. 3209,

1 1jährigen starken Hengststier von Rufus Nr. 189,

1 1 1/2-jährigen rotbunten, allerbesten, angeführten Stier, ferner
1 noch fast neue, sehr gut erhaltene, wenig gebrauchte Halbchaise.

Es sei noch bemerkt, daß nur ausgezeichnete Tiere zum Verkauf kommen.

Ferner wird noch ein guter Aderwagen (5000 Pfund Tragkraft) mitverkauft.

Reservanten ladet freundlich ein
Bohne, März 1918.

H. Burhorst,
aml. Auktionator.

Prima Rottkeesamen

(Stoßkees) vorzüglich.

B. Johanning, Haldorf.

Für die Firma Kabeling & Kröger, Oldenburg, nehme

Anbauverträge

von Sommerfrüchten entgegen.

Sommerrüben, Senf- und Mohn-Samen vorrätig.

Behta. B. Schillmöller.

Achtung! Achtung!

Enten Nr. 3.50
Hühne " 3.—
Kaninchen bis " 2.50
pro Pfund Lebendgewicht.

Tauben, Krähen etc. höchste Preise.

Vehta. L. Leuwarden.

Um Angebote von

Groß- und Kleinvieh

gütert

Fritz Schlömer,
Wegerei und Viehhandlung,
Goldstedt i. D. Telephon Nr. 23.
Abnahme von Küthern und Ferkeln jede Woche.

Die Marine-Intendantur Wilhelmsbaven nimmt

Anbau-Verträge

von Früh- u. Herbstgemüsen

durch A. Rathmann, Galvestage, entgegen.
Für hiesige Gegend können besonders Möhren, Zwiebeln und Frühkartoffeln zum Anbau empfohlen werden. Der Bezug von Samen, Ammoniak, event. Arbeitskräften wird vermittelt.
Reservanten wollen sich an unseren Vertreter Herrn Rathmann wenden, der zu allen näheren Auskünften gern bereit ist.

Marine-Intendantur.

Radsfahren

mit „Gros“ Reifenverlag erlaubt!

Die Bereifungen sind sehr schön, schnell, ausgefallen. S. E. i. S. — Mit den Reifen bin ich sehr zufrieden. H. W. i. D. „H.“ Preis 1 Paar Mt. 15.— und Porto. Rep. Nachn. 1 Mt. Vertreter gesucht. — Prospekt gratis. — „Gros“, G. m. b. H., Berlin N. 300, Zaubenstraße 31.

Leber-Sohlen

Schöner, Sohlen-schöner „Salte-Durch“, Metall-Sohlen-Schöner, Gummi-Sohlen, Gummisohlen, Holzschuhnägel empfiehl

Aug. Gerhardt, Behta.

Bestellungen

auf bad einliefernden Herradella

nimmt entgegen

J. S. Vornhorst,
Gladerlohasen bei Goldorf.

Kaufe jeden Posten ausgehämter

Frauenhaare.

B. Schöne,
Friseur-Geschäft, Behta.

Kaufe Schlacht-Pferde

zu höchsten Tagespreisen. Bei Mitteilung per Telefon komme sofort. Not-Abmachungen schnellste Erledigung.

W. Feierabend,
Rohschlachtere mit elektr. Betrieb.

Osnabrück,
Kommendierstraße 68. Telephon 616. Uebernahme Pferde-Versicherungen auf Jahres-abschluß.

Gut erhaltenes

Herrenrad

zu verkaufen. Zu erfragen Kriegsgefangenenlagerzeit, Behta.

Billig zu verkaufen
eine komplette, fast neue, wenig gebrauchte

Müllenanlage

mit 15 PS. Sauggas-motor und Generator-anlage.

A. Berck,
Maschinenfabrik, — Oldenburg. —

Reisekoffer,
Handtaschen,
Marittaschen,
Schillerstaschen,
Gummi-
Sofenträger,
Kreuzweinen
in Leder und Samt,
Arbeitsgeschirre
empfehl in gr. Auswahl
Aug. Gerhardt,
Behta.

Neuheiten für das Frühjahr

Durch frühzeitiges Einkaufen bin ich in der Lage, nachfolgende Artikel preiswert zu verkaufen. :: ::

Schwarze und farbige Seide zu Kostümen u. Blusen. Herren-Wäsche, Schlipse und Taschentücher, Hüte, Mützen, blaue Arbeitsmittel und Hosen. Großen Posten Strohhüte für Herren und Kinder. Ziemlich großen Posten in sämtl. Kurzwaren. Messer, Gabeln, Büffel. Damen-Handtaschen u. Schmucksachen (noch Friedens-ware) sowie Porzellan, Glas- u. Eisenwaren.

Vestrup. Joh. Albers.

Landwirte baut Oelfrüchte!

Das Saatgut für die Sommerfrüchte ist knapp. Die Schweine vorzubereiten, es gilt Ertrag zu beschaffen und den schwer erträglichen Zeitmangel zu beschaffen. Deshalb müssen mehr Oelfrüchte angebaut werden. Der Anbau von Oelfrüchten gibt die Möglichkeit, unsere Felder voll zu bestellen und das fehlende Schmalz und Milchfett zu ersetzen. Dem Oelfrüchtbauer werden

besondere Vorteile gewährt:

1. Die Preise sind folgende: für den Zentner
Sommerrüben 41,50 Mt.
Sommerraps 42,50 „
Mohn 57,50 „
Leinöl 37,— „
Leinöl 37,— „
Sommerrüben 34,— „

Bei weitem Senf wird außerdem eine Düngprämie von 5 Mt. für den Zentner gewährt.

2. Es werden 40 Pfund Ammoniak auf den Morgen gewährt.

3. Dem Anbauer steht das Recht zu, von der abgelieferten Menge 40% Rüben, bei Leinbotten und Mohn 50% der gleichen Art zu billigen Preisen zurückzuführen. Für Senf wird Restgut geliefert.

4. Je nach der abgelieferten Menge wird den Landwirten Speisefett für den eigenen Bedarf zu billigen Preisen geliefert bzw. Oelfaß zur Verfügung von Oel für den eigenen Haushalt belassen.

5. Es wird eine Flächenzulage von 25 Mt. für den Morgen gewährt vorausgesetzt, daß mindestens geerntet und abgeliefert werden:
Rüben und Mohn 1 1/2 Ztr. für den Morgen.
Leinbotten und Senf 2 „

Für jeden weiteren Doppelpentner, der vom Felder der Anbaufläche durch sämtlich gerechnet, abgeliefert wird, werden für Leinbotten und Senf 25 Mt. für Rüben und Mohn 33 Mt. außer dem gesetzlichen Höchstpreis gewährt, jedoch darf die Gesamtzulage für den Felder der Anbaufläche durchschnittlich gerechnet 200 Mt. nicht übersteigen.

Für den Anbau im Herzogtum Oldenburg eignet sich insbesondere Sommererbsen und Senf, auf besseren Böden auch Mohn.

6. Die Anbaukosten sind sehr gering.

Alle Auskünfte über Anbauverträge, Saatbezug, Kulturmaßnahmen usw. werden durch die

Landwirtschaftskammer (Saatstelle),
Oldenburg i. Gr. Marslatr. 2.

u. die Kommissionäre des „Kriegsausschusses für pflanzl. u. tierische Fette die Firma

Kabeling & Kröger, Oldenburg i. Gr.

erteilt.

Note und gelbe Wurzel

werden zu guten Preisen täglich angenommen.

Franz Suerdick,
Sammelstelle Behta.

Leere Carbid-trommeln

aus Lieferungen vor März 1917 laufen wir auf und bezahlen bei Verablieferung Mt. 2.25 mit Deckel und 2.— ohne Deckel. Angebote mit Angabe der vorrätigen Mengen sof. erw.

Schiermeier & Co.,
G. m. b. H., Osnabrück.

ein Mädchen

zur Erlernung der Küche und des Haushaltes ohne gegenwärtige Vergütung gesucht.

Herrn unter Nr. 99 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Suche für meine Tochter, 19 Jahre alt, gute, bauernde

Stellung

auf dem Lande.
Näheres in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Statt besonderer Anzeige.

Seute morgen verschied, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, nach längerer, geduldig ertragener Krankheit, der ruhige

Gemeindevorsteher
August Burlage
in Bönning.

Die Hinterbliebenen:
Eduard Burlage, Reichsgerichtsrat,
Emma Burlage geb. Kraußner,
Wilma Kraußner geb. Schenker,
Wilhelm Burlage, Feldunterarzt,
Theodor Burlage, Wigfeldwibel
und Zugungführer,
Mag. Burlage, Wigwachmeister,
Kurt Burlage, M. G. Geleiter,
Elisabeth Burlage,
Eduard Burlage.

Beizig, Frankenberg i. E., im Feld, den 8. März 1918.

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 12. d. M., vormittags 9 1/2 Uhr in Bönning vom Krankenhaus aus statt.

Ich sehe das alles Mit Augen zwar nicht, Doch thut es prophetisch Mein Dichtergefühl.

Unkluger Prophet, Der alle betrog, Indem er der Schöneheit So viel uns entzog!

Da läßt den Schleier Ein neckischer Hauch, Was da ich gesehen, Seh' nimmer ein Aug!

Du weiser Prophet, Vergib mir den Schwach; Hier war doch dein Veto Am richtigen Platz!

Stimmen aus unserem Leserkreis.

Die Verantwortlichkeit der Redaktion... In einer für unsere Leserkreise wichtigen Angelegenheit...

Abteilung a. gehörten alle Ochsen von über 4 1/2 Zentner Gewicht... Herr von Seggern... Herr Hennings...

Patent-Schau.

zusammengestellt vom Patentbureau Johannes Koch, Berlin N.O. 18, Gr. Frankfurter Straße 59.

Literarisches.

Stimmen der Zeit. Katholische Monatschrift für das Geistesleben der Gegenwart.

Die Balkanstimmen

wollen die Katholiken Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches über die kirdlichen Verhältnisse...

Amtsvoorsland. Bechtla, 8. März 1918.

Bekanntmachung.

Die Stadtmagistrate u. Gemeindevorstände werden darauf hingewiesen, daß die Brotkarten für die Zeit vom 23. März bis 19. April 1918 beim Amt Bechtla abgeholt werden können.

Amtsvoorsland. Bechtla, den 6. März 1918.

Verordnung.

betreffend den Verkauf von Maschinengarn und Leinwandzweirn im Amtsbezirk Bechtla.

Die Befreiung mit Maschinengarn und Leinwandzweirn erfolgt durch die Bezirksstelle 6 für Rindfäden und verwandte Artikel...

Die Kleinbändler dürfen Maschinengarn und Leinwandzweirn nur gegen Bezugschein abgeben...

Die Kleinbändler haben am Schluß jeden Kalenderjahres das für ihnen abgegebene Bezugschein dem Amtsvoorsland einzusenden.

Die Kleinbändler sind berechtigt, auf den von ihnen an die Bezirksstelle gehaltenen Preis insgesamt 20% für Unkosten (einschl. Beförderungskosten) und für Gewinn aufzuschlagen.

Zwischenhandlungen gegen diese Vorschriften werden nach § 3 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbevollmächtigten vom 27. März 1917/10. Januar 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.

Moorverkauf.

Am Montag, dem 11. März d. J., nachmittags 2 Uhr, lassen Jeller Meute, Amt Voltern und B. Kömann ca. 50 Placken Moor zum Torfgraben verkaufen.

Flachsambau-Verträge

für die Kriegs-Flachsambau-Gesellschaft m. B. S. Berlin nimmt entgegen.

Den Herren Pferde-Züchtern

empfehlen wir: 1. Unsern viermal prämierten, s. beide Zuchtgebiete angeführten



Zuchshengst Eugen.

R. Pr.-S. Estimo. Gedgeld: tragend 60 Mk., gült 20 Mk.

2. Unsern dreimal prämierten, im nördlichen und südlichen Zuchtgebiet angeführten schwarzbraunen Hengst



Ehrenstein.

R. Pr.-S. Ehrenberg. Gedgeld: trag. 70 Mk., gült 20 Mk.

3. Unsern dreimal prämierten, für beide Zuchtgebiete angeführten dunkelbraunen Hengst



Einen.

R. Pr.-S. Gebgraf, M. Kemgard u. Elmart. Amstgard war Sieger auf der Hamburger Ausstellung und erhielt den 1. Preis.

4. Unsern schwarzbraunen Hengst



Eberstein.

R. Pr.-S. Ehrenstein. Gedgeld: tragend 50 Mk., gült 20 Mk.

5. Unsern vierjährigen Goldsuchshengst Siegmart.



R. Pr.-Hengst Eber. Gedgeld: tragend 80 Mk., gült 20 Mk.

Telefon: Carum 19, in Calveslage öffentlicher Fernsprecher im Hause. Weiden und Stallungen für Stuten sind vorhanden.

Gebr. Kathmann. Gemeinde Steinfeld. Am Mittwoch, dem 13. März, vormittags 10 Uhr Abnahme des noch rückständigen Getreides in der Wühle des Unerreichbaren.

U. Niederding. Makulatur-Papier zu haben in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Reinen Schnupf-Tabak

am Patet M. 1. — empfiehlt Danne. C. S. Mähler.

Gemeinde Bisbet.

Am Donnerstag, dem 14. März, findet von morgens 9—12 Uhr die Hebung des verlaufenen Holzes der Gemeinde Bisbet in Diehshaus Wirtschaft in Bisbet statt.

Dritter und letzter Auffag.

Die von der Klüberischen Hofstelle in Langwege bei Danlage getrennte

Köttere

groß 12 Hektar mit einem neu erbauten Wohnhaus soll am

Montag, dem 18. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Wirts Bitte in Langwege zum dritten und letzten Male zum Verkauf angelegt werden.

Zahl für Kaninchen bis 2.55 Mk. Enten 3.50 Mk. Säbne 3.— Mk. pro Hund Lebergewicht Krähen 70 Pfg. Eiern 50 Pfg., Tauben 1.50 Mk. p. St.

Vechta. Franz Suerdieck. Habe einen 4jährigen Zugochsen zu verkaufen. Zadenberg, Lutten. Habe eine schwere, hochtragende Quene zu verkaufen. Wirt S. Kohorst. Thorst bei Voltern. Diejenigen, welche Marine-Verträge abgeschlossen haben, können den Ammoniak am Dienstag nachmittag, dem 12. März, abholen. Soß. Albers, Bestrup. Kaufe jedes Quantum Wurzel zu höchsten Preisen. Wirt S. Niefeld, Dinsflae.

Deutsche Volksbücher, herausgegeben von Heinrich Mohr. 12 V. Freiburg 1918. Herder'sche Verlagsbuchhandlung.

Die Rache des Herrn Ulrich und andere Geschichten von Heinrich Mohr. 12 V. Freiburg 1918, Herder'sche Verlagsbuchhandlung.

Man liest es in einem Zug, lobt man es, weil es ein Buch. Das könnte man gewiß dem neuen Mohr-Bänden auch nachsagen.

Verantwortlicher Schriftleiter: O. Thole, Bielefeld.

Moorverkauf. Verpachtung

Der Hofbesitzer Fritz Zapfing in Waken wird beauftragt, öffentlich meistbietend zu verkaufen

die Moorkoppel Brögelerweg (zwischen beiden Mehrholz belegen), groß 8 Morgen. Bei annehmbarern Gebot erfolgt der sofortige Zutritt.

Nach dem Verkauf soll in der Moorkoppel bei Paradis der Forstlich verpachtet werden. Termin das angelegt auf Dienstag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, bei Gastwirt Paradis in Paradis.

St. Hilfe. Heine. Hank.

Verpachtung einer Hofstelle in Langförden.

Am Freitag, dem 22. März d. J. nachm. 2 Uhr, in der Wirtschaft von Wirt Hofmann in Langförden, löst der C. F. Stulenborg in Langförden seine im Orte Langförden schon belegene Hofstelle als Wohnhaus mit Stallungen und Scheune sowie 260 Scheffelland beste, sehr ertragreiche Acker, Wiesen, und Weideland mit Antritt zu Herbst 1918, öffentlich meistbietend verpachten.

Die Verpachtung erfolgt auf 15 bis 20 Jahre. Pachtsumme laßt ein Bechtla. B. Meute.

Bieh-, Maschinen- u. Mobilienverkauf in Wildeshausen.

Wegen Aufgabe der Landwirtschaft löst die Meute auf dem Felde der Ehe gestallenen Landwirts Heine. Naden in Wildeshausen am

Dienstag, dem 2. April 1918, nachmittags 1 Uhr, bei ihrer Wohnung:

2 kräftige Arbeitspferde (große Ruffen) fromm u. zugfest im Geleite, 2 beste Milchkuhe, im April im Mai kalbend, 1 trächtige Sau, am 1. April ferkelnd, 3 ostfr. Schafe (mit Lämmern; 1 tragend), 1 Ziege sowie sämtliche landw. Maschinen und Geräte

u. a. 1 fast neue Mähmaschine, 2 Federaderwagen, Karoffelreißer, 1 Pflüge, Eggen, Fauchschiff und Saugmaschine, 1 bester Kuhgeschirre (neu), Regenkleider, 4 Bestellen mit Maschinen, Betteln, 2 Stühle, 2 Glasküchelt, 2 Stühle, 5 veralt. u. viele andere Sachen öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist veräußert. Die Maschinen und Geräte sind größtentheils und wenig gebraucht. Wildeshausen. Fernruf 217. Barendief, Auktionator.